

Pressespiegel KW 18 28.04. bis 04.05.2025 Liste-Fritz-Forderung

BEZIRK. Der Aufschrei der Bürgermeister im Bezirk gegen die gesetzlich vorgeschriebenen

Freizeitwohnsitze:

Kontrollen von illegalen Freizeitwohnsitzen ist für Liste Fritzklubobmann Markus Sint einerseits erwartbar und andererseits Bestätigung. "Wir haben dazu Gesetzesänderungen im Landtag vorgeschlagen, etwa die Kontrollen von den Bürgermeistern weg und zum Land Tirol zu über-

tragen. Die ÖVP war dagegen, die Bürgermeister können sich daher bei der ÖVP bedanken", erklärt Sint. "Gerade die Bürgermeister kleinerer Gemeinden brauchen Unterstützung bei den Kontrollen, aber auch da blockiert die ÖVP Lösungsvor-

schläge der Liste Fritz. Zur Entlastung der Gemeinden würde etwa eine eigene Taskforce des Landes gegen illegale Freizeitwohnsitze beitragen, die die Gepositionen bei Beduff aufstellen.

Landes gegen illegale rreizeitwohnsitze beitragen, die die Gemeinden bei Bedarf anfordern könnten. Das haben wir bereits vor fiinf lahren vorgeschlagen

und beantragt."

Volksbefragung in

Gemeinde Going wird die Bevölkerung zum geplanten Großhotel auf der grünen Wiese befragen.

GOING. Die Bergbahnen Ellmau-Going planen, auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefliche (2,2 Ha) ein Großhotel mit 288 Betten zu errichten ("Tirol Lodge Going"). Von den Projektwerber mid dabei das Überleben der Astbergbahn in Going ins Treffen geführt (MeinBezirk berichtete).

Am 22. April stellte Bgm. Alexander Hochfilzer bei der Gemeinderratssitzung einen Antrag, um den Wegzu einer Vollsbefragung zum Thema "Großhote" zu ebnen. Der Antrag wurde mit elf zu zwei Stimmen abgesegnet. Die Befragung wird am 29. Juri stattfinden. Das Ergebnis sei für ihm bindend, betonte der Ortshef, der als Befürtonte der Ortshef, der als Befür-

worter des Projekts gilt.

Die Fragestellung

Die Frage lautet: Soll die Gemeinde oning zur Forderung des wirtschaftlichen Fortbestandes der
Bergbahnen in Going die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung der
Errichtung einer Hotelarlage in
unmittelbarer Näbe der Astbergbahn Talstation auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefliche
schaffen? Vor der Volksberragung
soll es noch eine Informationsveranstaltung egben

Bgm. Hochfilzer:

Bgm. Hochfüzer führt gegenüber "MeinBezith" aus: "Die Vertreter der Bergbahnen sind Ende 2024 mit der Idee an die Gemeinde Going herangetreten, zur Absicherung des Liftbetriebes am Astberg einen Beherbergungsbetrieb in der Nähe der Astbergbahn-Talstation zu errichten. Nachdem Anfang 2025 die verfügbare Häche vorsestellt wurde haben erste



Hotel auf grüner Wiese zur Sicherung der Astbergbahn?

Grundsatzgespräche mit Landesvertretern stattgefunden, welche positive Aussichten für die raumordnungsrechtlichen notwendigen Genehmigungsverfahren

gaben."
Mitte März präsentierten die Bergbahnen den Gemeinderäten das geplante Korzept, bei einer GR-Klausur Anfang April wurde darüber ausführlich diskutiert. Eine deutliche Mehrheit der Mandatare hat sich dabei däffen ausgesprochen, erste Grundlage-

nermittlungen und Vorarbeiten

Going, 29. 6.

zu den raumordnungsrechtlichen
Verfahren mit dem Raumplanungsbiroz zu starten.
nungsbiroz zu starten.

.Die Stimmung im Ort hat sich seither ziemlich aufgeheizt, das Thema wird sehr kontrovers diskutiert. Um den teilweise gezielt platzierten Desinformationen und Unsicherheiten aktiv und seriös entgegenzuwirken, habe ich daher den Antrag gestellt, dass von der Gemeinde eine Volksbefragung eingeleitet wird. Sowohl im Gemeindevorstand als auch im Gemeinderat gab es dafür deutliche Mehrheiten" so Hochfilzer. Neben den Vorbereitungen der Befragung werde man sich nun bemühen, iedem Stimmberechtigten umfangreiche, wertungsfreie Informationen zukommen zu lassen, damit ieder seine Ent-

formationen treffen könne. Kritische Einwände

Kritikübt die Liste Fritz: "Wir sagen

scheidung auf Basis fundierter In-

Ja' zur Volksbefragung, aber "Nein' zu einer suggestiven, tendenzisene Fragsetellung. Die Bevöllerung in Going hat eine ehrliche, sachliche Fragsetellung verdient', so Klubobmann Markus Sint. "Is wird fälschlicherweise der Eindruck erweckt, dass ein Hotelbau automatisch die Rettung des Liftes in Going sei. Das ist aber keineswegs gesichert und schon gar nicht garantiert', so Sint. Die Liste Firtz hatte sich schon im Vorfeld britisch zu den Hotelplänen auf der errünen Wiese esäußert – wir

berichteten.
Kritische Einwände formulierten außerdem Bauermertreter,
darunter IKPräsident NR Josef
Hechenberger. Er betornt die Bedeutung der landwirtschaftlichen
und geschützten Vorsogeflächen.
Dieser Schutzstatus darf nicht
leichtfertig geopfert werden", so
Hechenberger.

Positivzu den Hotelplänen äußerten sich TVB-Vertreter. (jos/niko)

Landtags-Opposition einig: gerade noch ein "Genügend"

Markus Abwerzger (FPÖ), Gebi eine Übergangsregierung blei-Mair (Grüne), Andrea Haselben, die nicht ins Umsetzen wanter-Schneider (Liste Fritz) kommt." Andrea Haselwanterund Birgit Oberhuber (NEOS) Schneider: "Es gibt viele unerle-

sind sich einig: die Arbeit der digte Hausaufgaben. Viele Prob-Tiroler Landesregierung wird leme werden ignoriert, obwohl

die Menschen in Tirol täglich mit einem "Genügend" beurteilt. Gebi Mair: "Es wird drüleiden." Alle Interviews mit den

bergefahren statt die Leute mit-Vertreterinnen und Vertretern zunehmen." Birgit Obermüller: der Oppositionsparteien finden

sie hier: meinbezirk.at/7282128

"Diese Landesregierung wird

Die Amtsverschwiegenheit wird ab 1. September aufgehoben, doch über die dafür geplante Geheimhaltungspflicht gibt es jetzt in Tirol heftige Debatten.

Von Peter Nindler

Innsbruck - Das neue Informationsfreiheitsgesetz erfordert viele gesetzliche Anpassungen. Die verfassungsgesetzliche Amtsverschwiegenheit wird am 1. September 2025 aufgehoben und eine allgemeine Informa-

Info-Freiheit

Informationsfreiheitsgesetz: Für Verwaltungskörper gilt eine verstärke Informationspflicht - entweder automatisch oder auf Bürgeranfrage. So können Akten, Studien, Gutachten eingesehen werden. Jedoch gilt in bestimmten Bereichen eine "Geheimhaltungspflicht".

Datenschutz-Grundverordnung: Die _DSGVO" regelt und schützt die Verarbeitung personenbezogener Daten und deren Weitergabe.

tionsfreiheit eingeführt, indem eine proaktive Veröffentlichungspflicht und ein Grundrecht auf Zugang zu Informationen geschaffen werden. Doch so einfach ist das nicht:

Verzwickte Situation

Die neuen Bestimmungen zur Informationsfreiheit beziehen sich nämlich ausschließlich auf schriftliche Aufzeichnungen (Vermerke, Akten), jedoch nicht auf das etwa von Mitgliedern der Landesregierung oder Beamten im Zusammenhang mit ihren Aufgaben sonst erworbene Wissen. Oder auf Informationen, die ihnen zugetragen wurden, zu denen dann aber keine Notizen gemacht wurden. Im Amtsdeutsch wird von einer Veraktung gesprochen. Deshalb soll jetzt eine entsprechende Geheimhaltungspflicht für die Landesregierung festgelegt werden, die allerdings denselben Prüfmaßstäben unterliegt wie bei der Informationsfrei-

Streit über Geheimhaltung im Land



heit. Die Informationen könnten also auch zugänglich gemacht werden.

Für Liste Fritz und die Grünen agiert die schwarzrote Landeskoalition hier überschießend. "Mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses in Österreich haben sich viele mehr Transparenz, mehr Infor-

Kontrolle erhofft. Was wir jetzt an Gesetzesvorlagen in Tirol auf dem Tisch haben, schaut nach dem Gegenteil von mehr Transparenz und Kontrolle aus", kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint und schießt sich auf die Geheimhaltungspflicht

mation und letztlich mehr

ein. "Der Begriff Amtsverschwiegenheit wird durch Geheimhaltungspflicht und Datenschutz ersetzt. Bürger, Opposition und interessierte Öffentlichkeit erfahren so nicht mehr, sondern noch weniger. Da werden neue Mauern aufgebaut, statt alte eingerissen."

Sein grüner Kollege Gebi Mair wirft der Landesregierung vor, die gesetzlichen Spielräume in die falsche Richtung auszunützen. "Statt mehr aktive Offenlegung zu planen. will sie überall Geheimhaltung beibehalten, wo es möglich ist. Die Regierung

interessierte Öffentlichkeit erfahren so nicht mehr, sondern noch weniger."

Bürger, Op-

position und

Markus Sint/Liste Fritz (Klubohmann)

hat Rechenschaft durch Transparenz abzulegen, anstatt Geheimniskräme rei zu betreiben."

"Korrektiv notwendig"

Das wird von der Landesregierung zurückgewiesen. Es gehe ausschließ lich um schutzwürdige Interessen, heißt es dazu vom Land. Mit dem so genannten Korrektiv zur Informationsfreiheit solle der Schutz von Informationen und Tatsachen gewährleistet werden. "soweit dies die bundesverfassungsgesetzlich normierten öffentlichen und privaten Interessen erfordern*. Eben auch für nicht "veraktetes" Wissen.

Politik am Sonntag



Anton Larcher (r.) wurde erneut zum Landesjägermeister gewählt. Er führt mit seinem Vize Artur Birlmair weitere sechs Jahre die Geschicke des Tiroler Jägerverbands.

Grüne für Dinkhauser, Larcher bleibt Jägermeister

ie Tiroler Grünen preschen jetzt vor und schlagen den ehemaligen Arbeiterkammerpräsidenten und Gründer des Bürgerforums/Liste Fritz Fritz Dinkhauser (85) für die höchste Auszeichnung des Landes vor: den Ehrenring, "Sein politisches Leben war geprägt von seinem sozialen Einsatz. Er hat sich stets für andere eingesetzt, nie für sich selbst. Mit seiner Haltung in der Causa Agrargemeinschaften hat er zudem das Land mit Demokratie durchlüftet", begründet Klubchef Gebi Mair die Initiative

Bekanntlich soll im Mai-Landtag nächste Woche ein Gesetz beschlossen werden, das Alt-Landeshauptmann Günther Platter für den Ring des Landes vorsieht. Mair rät Platter, Dinkhauser den Vortritt zu lassen, "Platter selbst will offenkundig auch lieber weiter politisch gestalten, für seine Partei, die Volkspartei, aber auch in öffentlichen Aufsichtsräten und vielen weiteren Funktionen."

L andesjägermeister Anton Larcher wurde bei der gestrigen Vollversammlung des Tiroler Jägerverbands in Innsbruck/Igls nach zwölfiähriger Amtszeit erneut zum Landesiägermeister gewählt. Larcher war einziger Kandidat. Er trat gemeinsam mit seinem Stellvertreter Artur Birlmair an, sie erhielten 87 Prozent der abgegebenen Stimmen. "Die Lebensräume für Wildtiere werden immer knapper - wir müssen gemeinsam mit Landund Forstwirtschaft. Tourismus und Naturschutz daran arbeiten. diese zu erhalten", betonte Larcher, Und für den Naturraum sei es ihm wichtig, die Bewusstseinsbildung voranzutreiben, (pn)

Land zeigt Härte: Lodges in Natters bleiben vorerst zu

Die betroffenen etwa 20 Lodges am Seecamping Natters bleiben nach einer Prüfung bis auf weiteres geschlossen. Die Gemeinde-Ausnahme gelte nicht.

Natters - In der Causa um den Fünfsterne-Campingplatz am Natterer See bleiben die rund 20 von der BH gesperrten Lodges trotz Ausnahmeverordnung der Gemeinde vorerst weiterhin zu. Das bestätigt das Land gegenüber der TT.

Wie berichtet, hatte die BH Innsbruck im Oktober 2024 die Benützung dieser Unterkünfte, die 2016 errichtet und seither betrieben wurden, untersagt, weil eine dafür nötige Erweiterung des Campingplatzes damals nicht bei der BH angezeigt wurde und die Lodges zudem auf Freiland stehen. Ende Jänner 2025 erließ die Gemeinde Natters eine Ausnahmeverordnung, die einen Weiterbetrieb der Lodges trotz Benützungsverbots vorübergehend ermöglichen sollte.

Im Februar bestätigte das Landesverwaltungsgericht das Benützungsverbot der BH und betonte dabei, dass die Verordnung der Gemeinde nicht greift, weil eine solche nur auf das Campieren außerhalb von Campingplätzen abzielt, die betreffenden Unterkünfte aber als Teil des vorhandenen Campingplatzes zu sehen sind. Die Causa liegt nun beim Höchstgericht.

Land bleibt hart

Das Land Tirol schließt sich nun nach einer neuerlichen Prüfung der Ansicht des Landesverwaltungsgerichts an. "Demnach dürfen die Objekte auf den jeweiligen Grund-



stücken nicht mehr zum Campieren, dem Nächtigen von Personen im Rahmen des Tourismus, zur Verfügung gestellt werden", teilt das Land gegenüber der TT mit. Die zuständige Fachabteilung habe die Verordnung der Gemeinde nochmals inhaltlich und im Detail auf Basis des Erkenntnisses des Landesverwaltungsgerichts geprüft. Und nach Ansicht der Fachabteilung greife die Verordnung der Gemeinde, wie vom Gericht festgestellt, für den betroffenen Teil der Anlage nicht. Daher bleibt das Benützungsverbot aufrecht.

Die gesetzliche Möglichkeit, dass Gemeinden mittels Ausnahmeverordnung ein

vorübergehendes "wildes" Campen außerhalb von Campingplätzen erlauben, gibt es seit 2001 und ist für besondere Anlässe gedacht, wie aus den erläuternden Bemerkungen zur damaligen Novelle zu entnehmen ist. Etwa wenn im Zuge von Veranstaltungen viele Wohnmobile zu erwarten sind und die Campingplätze dafür nicht ausreichen

Kritik an Gemeinde

.scheinzulösen".

"Der Einsatz der Verordnung in Natters war eine klare Umgehung*, kritisiert daher Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint, Die Verordnung sei hier missbraucht worden, "um einen ungesetzlichen Zustand

Die Causa dreht sich auch um die Frage, ob es sich bei den beanstandeten Unterkünften überhaupt um Mobile Homes handelt, wie der Campingbetreiber betont. oder um Bauwerke, zumal die Konstruktionen laut Gericht fix im Boden verankert sind. Dies sei noch in Prüfung, so das Land.

Kürzlich hat der Campingbetreiber. Wirtschaftskammer-Funktionär und TVB-Vize Georg Giner, bei der BH um eine Erweiterung des Campingplatzes auf die derzeit behördlich gesperrten Flächen bzw. Unterkünfte angesucht. Die Erhebungen zu diesem Antrag laufen ebenfalls noch, erklärt das Land Tirol.

Politik in Kürze

Zum 85er gratulierte die LH-Garde

etztlich war man sich eiinig, dass man sich nicht einig ist: VP-Verkehrssprecher Florian Riedl verhandelte gestern mit Vertretern des Südtiroler und Trentiner Landtages über die Verkehrsanträge zum Dreierlandtag im Juni. Umstritten war der Trentiner - will man damit doch das Lkw-Nachtfahrverbot aussetzen. Für Änderungen sollen die Trentiner aber eine Abschwächung des Tiroler Antrages gefordert haben. Somit dürfte es nun doch zu einer Kampfabstimmung kommen.

Er war für die ÖVP nie ein Bequemer. Und den-



Die illustre und polit-gewaltige Runde gratulierte Fritz Dinkhauser (Bildmitte) zum 85. Geburtstag. Foto: Liste Fritz

noch machten sie ihm kürzlich reihum die Aufwartung: Fritz Dinkhauser, langjähriger und wortgewaltiger AK-Tirol-Präsident sowie Gründer der Liste Fritz, feierte dieser Tage seinen 85. Geburtstag. Und hierzu kamen nicht weniger als vier Landeshauptleute. Mit Anton Mattle der Amtsinhaber, jedoch auch seine Vorgänger Günther Platter, Herwig van Staa und Wendelin Weingartner. Ebenso nicht fehlen durften AK-Präsident Erwin Zangerl sowie der Führungskreis der Liste Fritz.

Meis der Liste Fritz.

Mit Norbert Walter hat die Landwirtschaftskammer Österreich einen neuen Vizepräsidenten. Der gebürtige Tiroler und Präsident der LK-Wien folgt auf Franz Titschenbacher. LH Anton Mattle gratulierte Walter und bezeichnete ihn als "Brückenbauer zwischen Stadt und Land und auch Ost und West". (mami)

Scharfe Kritik an St. Antoner Wassergebühren

Jeder St. Antoner Haushalt muss pro Jahr 100 m³ Wasser und Abwasser zahlen, egal ob er sie verbraucht. Die Gemeinde verteidigt die Gebühren.

Von Matthias Reichle

St. Anton – 22 Kubikmeter Wasser hat Bettina Tschol im Zeitraum vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 verbraucht. 100 Kubikmeter hat sie bezahlt. Am Ende des Jahres flatterte ihr eine Rechnung über 515,72 Euro für Wasser und Kanal ins Haus. Die St. Antoner Gemeinderätin findet das unfair – und kritisiert die hohen Kosten seit Jahren.

Der Grund für die Rechnung über 100 Kubikmeter ist, dass die Gemeinde eine entsprechend hohe Mindestabnahme-Pauschale pro Jahr und Haushalt berechnet. Und die benachteiligt vor allem Aleinstehende und ältere Menschen, die wenig Wasser verbrauchen, kritisiert Tschol.

In Österreich liege der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch bei 47.500 Litern pro Jahr. "Angeblich gibt es diese Mindestpauschale, um die Freizeitwohnsitze zu erwischen", sagt Tschol. Deren Bewohner sind nur wenige Wochen pro Jahr da und verbrauchen entsprechend wenig Wasser. Wenn sie in Wohnblöcken liegen, in denen es nur



Bettina Tschol und Markus Sint am Wasserhahn. Die Gebühren von St.
Anton stoßen den beiden sauer auf.

Foto: Reichle

einen Hauptwasserzähler gibt, seien sie aber gar nicht von der Pauschale betroffen.

"Das ist gut gemeint, aber schlecht getroffen. Natürlich zahlen die Einheimischen die Zeche", sagt Markus Sint von der Liste Fritz. St. Anton sei nicht allein. Solche Pauschalen gibt es auch in vielen anderen Gemeinden. Sint nimmt das Land in die Pflicht. "Die Gemeindeaufsicht ist hier gefordert, einzuhaken und zu schauen, dass die Bürger nicht ausgesackelt werden. Die Bürger dürfen nicht abgezockt werden." Für ihn ist eine Grundgebühr von 30 bis 50 m³ pro Jahr angemessen.

Für den St. Antoner Bürgermeister Helmut Mall ist die Mindestabnahme-Pauschale gerechtfertigt, "Es gibt Härtefälle, aber diese Leute können sich bei der Gemeinde melden und bekommen eine Reduzierung oder einen Kostenersatz", betont er. "Wir verdienen uns keine goldene Nase mit den Gebühren", sagt Markus Strolz, Geschäftsführer der Energieund Wirtschaftsbetriebe St. Anton, die für die Wasserversorgung zuständig ist.

"Wir müssen eine Mega-Infrastruktur erhalten", betont er. Im Winter wächst St. Anton auf 15.000 Köpfe. "Wir brauchen das für Investitionen und die Versorgungssicherheit." Dieses Geld würde fehlen, wenn die Pauschale fiele. Man habe die Situation zuletzt diskutiert und werde die Gebühr prüfen.



FRITZ DINKHAUSER IST 85

Der streitbare ehemalige AK-Präsident und Parteigründer Fritz Dinkhauser (Mitte) feierte in der Villa Blanca in Innsbruck seinen 85. Geburtstag, Dazu kamen nicht nur Parteifreunde, sonder auch gleich vier Landeshauptleute und ein AK-Präsident zusammen: Der amtierende LH Anton Mattle, seine Vorgänger Günther Platter, Herwig van Staa und Wendelin Weingartner sowie Dinkhausers Nachfolger in der Tiroler Arbeiterkammer, Erwin Zangerl. dem Emblem habe "kein gutes Bild" ergeben, was unabhängig zum Sendungsthema zu sehen sei. Er weist darauf hin, dass der Kameradschaftsbund "überparteilich" sei. Ein Telefongespräch mit Larch weichte die Fronten nicht auf.

Larch selbst sieht sich als Patriot und zitiert aus den Statuten, wo es zum Vereinszweck heißt: die Förderung des Vaterlands-, Heimat- und Umweltbewusstseins (Anm.: § 2 a). "Diesem Zweck bin ich doch mit meiner Kritik an Zweitwohnsitzen nachgekommen!"

Der Jochberger legte nun seine Mitgliedschaft zurück und es dauerte nicht lange, bis ihn ein Anwalts-Schreiben, initiiert von den Auracher Kameraden, erreichte. Er müsse per 3. Mai seine Uniform zurückgeben, sonst erfolge eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft.

Andreas Moser



FRITZ DINKHAUSER IST 85

Der streitbare ehemalige AK-Präsident und Parteigründer Fritz Dinkhauser (Mitte) feierte in der Villa Blanca in Innsbruck seinen 85. Geburtstag. Dazu kamen nicht nur Parteifreunde, sondern auch gleich vier Landeshauptleute und ein AK-Präsident zusammen: Der amtierende LH Anton Mattle, seine Vorgänger Günther Platter, Herwig van Staa und Wendelin Weingartner sowie Dinkhausers Nachfolger in der Tiroler Arbeiterkammer, Erwin Zangerl.



www.tigas.at

Was gut für die Zukunft ist, ist gut für Tirol.

Und so geht's: Die gesammelten organischen Reststoffe aus der Region werden in der Biogasanlage zu wertvollem Biogas verarbeitet, das zu unseren Kundlnnen über das Gasnetz fließt. Ist ja logisch: regionaler Bioabfall + Innovation = Energie für die Zukunft.

Energie mit Köpfchen – innovativ & nachhaltig aus der Region für die Region

TIGAS-Wärme Tirol GmbH Ein Unternehmen der TIWAG-Gruppe

Mehr Infos unter

Regional & CO,-neutral





Fritz Larch in der Jacke mit dem Kameraden-Emblem

In "Kameraden"-Jacke gegen Zweitwohnsitze: TV-Auftritt hat Nachspiel

Zum "Ausverkauf der Heimat" tat auch der Jochberger Fritz Larch seine Meinung kund. Beim Traditionsverein ist nun Feuer am Dach.

arf sich ein Mitglied eines Tiroler Traditionsvereins - wenn es als solches erkennbar ist medial zu aktuellen Politthemen äußern? Der Fall Fritz Larch und die ORF-Reihe "Am Schau-

platz" wirft diese Frage auf. Der pensionierte Jochberger Holzhändler, der als kritischer Geist bekannt ist. wurde zum Thema "Kampf um Kitzbühel" befragt. Im Auracher Ortsteil Kochau

stand er in der (selbst bezahlten) Freizeitiacke des Kameradschaftsbundes mit Brustemblem vor der Kamera. "Zu 90 Prozent sind hier Zweitwohnsitze. Einheimische nur wenige. Das wird von der Gemeindeführung befürwortet. Wer Geld hat, kann sich das kaufen", sagte er unter anderem. Beleidigend wurde er dabei nicht. Vom Obmann des Kameradschaftsbundes Aurach, wo

Larch Mitglied ist, wurde er

Larch als "Kamerad" dabei sei. Auch Drohungen soll es gegeben haben.

dafür gemaßregelt. Einige

örtliche Honoratioren, so

hieß es zudem, würden nicht

mehr ausrücken, wenn auch

Schreiben mit Rüge

von der Landesleitung Dann trudelte ein Schreiben von Gerhard Schreder, Vizepräsident des Tiroler Kameradschaftsbundes, ein. Dessen Rüge: Das Auftreten mit

dem Emblem habe "kein gutes Bild" ergeben, was unabhängig zum Sendungsthema zu sehen sei. Er weist darauf hin, dass der Kameradschaftsbund "überparteilich" sei. Ein Telefongespräch mit Larch weichte die

Fronten nicht auf. Larch selbst sieht sich als Patriot und zitiert aus den Statuten, wo es zum Vereinszweck heißt: die Förderung des Vaterlands-, Heimat- und Umwelthewusstseins (Anm.: § 2 a). "Diesem Zweck bin ich doch mit meiner Kritik an Zweitwohnsit-

zen nachgekommen!" Der Jochberger legte nun seine Mitgliedschaft zurück und es dauerte nicht lange. his ihn ein Anwalts-Schreiben, initijert von den Auracher Kameraden, erreichte. Er müsse per 3. Mai seine Uniform zurückgeben, sonst erfolge eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsan-

waltschaft. Andreas Moser

Eine politische Größe feiert seinen 85. Geburtstag

29. April 2025, 09:55 Uhr



AK-Präsident Erwin Zangerl, Alt-LH Günther Platter, Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider, Heidi Dinkhauser, Alt-LH Wendelin Weingartner, Jubilar Fritz Dinkhauser, LH Anton Mattle, Alt-LH Herwig van Staa, Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint, Liste Fritz-Landesgeschäftsführerin Anita Heubacher

Foto: Liste Fritz hochgeladen von Georg Herrmann

Leichtathletik-Meister, Teilnehmer an den Olympischen Winterspiele und AK-Präsident. Fritz Dinkauser ist eine Größe im Land Tirol mit vielen Facetten. Seine Stimme und sein Wirken im Kampf für die soziale Gerechtigkeit und als politischer Mahner sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Zu seinem 85. Geburtstag gab es ein Ständchen und viele Glückwünsche.

INNSBRUCK. Zum 85. Geburtstag von Fritz Dinkhauser kamen gleich vier Landeshauptleute und ein Arbeiterkammer-Präsident zusammen: Der amtierende Landeshauptmann Anton Mattle, seine Vorgänger Günther Platter, Herwig van Staa und Wendelin Weingartner sowie Dinkhausers Nachfolger in der Tiroler Arbeiterkammer Erwin Zangerl ließen den Jubilar hochleben. Obwohl man in der Vergangenheit nicht immer einer Meinung war, war das Treffen in der Villa Blanca von einem unterhaltsamen Blick in die gemeinsame Vergangenheit geprägt. Ein musikalisches Ständchen der Mühlauer Sänger durfte ebenso wenig fehlen wie die herzlichen Glückwünsche an den Jubilar.

Toplinks



KREATIVE REZEPTIDEEN

Egal ob Desserts, Salate oder doch eher Deftiges – die "Qualität Tirol" Rezeptvielfalt ist groß. Mehr dazu…



TRAUMJOB GESUCHT?
In unserem regionalen
Stellenmarkt findest du Jobangebote aus deiner Region!
Gleich reinschauen!



ALLE MAGAZINE ONLINE

Alle Magazine der Bezirks-Blötter, wie die Jagd in Tirol, Region Tirol oder TRAUdich auch online lesen!

JETZT JOB
IN DER REGION
FINDEN!





hochgeladen von Georg Herrmann

Als langjähriger Arbeiterkammerpräsident und Gründer der Liste Fritz prägte Dinkhauser über viele Jahre das politische und gesellschaftliche Leben in Tirol mit. Landeshauptmann Toni Mattle würdigte ihn als kämpferischen Streiter für soziale Gerechtigkeit und unermüdlichen Mahner gegen politische Bequemlichkeit. Liste Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider dankte Dinkhauser für seinen unermüdlichen Einsatz: "Auch heute noch wird seine Stimme gehört – als kritischer Beobachter ebenso wie als engagierter Bürger."

Dinkhauser war nicht nur politisch aktiv, sondern auch sportlich sehr erfolgreich. In seiner Jugend wurde er mehrfach österreichischer Leichtathletik-Meister und nahm als Bobfahrer an den Olympischen Winterspielen 1968 in Grenoble teil. In einem Rückblick auf sein Leben zeigte
sich Dinkhauser selbst bescheiden: "Ohne meine Frau Heidi hätte ich das
alles nicht geschafft. Es ist wunderbar, wenn man nach Hause kommt
und Unterstützung erfährt. Das hat mir immer wieder den Mut gegeben,

niemals aufzugeben und weiterzumachen", so Dinkhauser.



hochgeladen von Georg Herrmann

Zukunft Wohnen

Seit Jahren wird über das Projekt der bwsg berichtet. "Zukunft Wohnen" nennt sich das Projekt: "Im Stadtteil Pradl wird das bestehende Wohnquartier neu gestaltet und nachverdichtet. Dabei entstehen 154 neue, geförderte Mietwohnungen. Das Projekt "Zukunft Wohnen" besteht aus drei Bauteilen mit betreutem Wohnen und drei Geschäftslokalen. Bei dem zweistufigen Architekturwettbewerb waren städtebauliche, baukünstlerische und funktionale Aspekte Kriterien für die Auswahl. Auch die ökonomische und ökologische Ausrichtung sowie soziale Nachhaltigkeit waren entscheidend für den Zuschlag. Das Konzept für den Innsbrucker Stadtteil Pradl soll durch regionale Synergien Versorgungssicherheit und Preisstabilität für die Nutzerinnen und Nutzer sichern. Fertigstellung: gestaffelt ab Dezember 2025."

Abrissbescheid

Im Mai 2022 wurde u.a. berichtet: "Von den knapp 300 Wohnungen sollen 95 abgerissen werden. Für diese Gebäude – Knollerstraße 6 bis 14 sowie Hunoldstraße 11 und 13 – liegt bereits eine rechtskräftige Abbruchgenehmigung vor. Sämtliche Mieter des Komplexes haben unbefristete Verträge. Für jeden Bewohner muss die bwsg also eine alternative Wohnversorgung zur Verfügung stellen und auch den Umzug organisieren."



Sanierungs- und Neubauarbeiten werden im "Geviert" Knoller-, Hörmann und Hunoldstraße seit längerer Zeit durchgeführt. Vor über zehn Jahren erfolgten die architektonischen Überlegungen für ein "zeitgemäßes Geviert". Mit einer Anfrage im Gemeinderat scheiterte jedoch GR Andrea Haselwanter-Schneider bei der Informationsbeschaffung.

INNSBRUCK. Die Gemeinderätin wollte Auskünfte über das Vorliegen der Abbruchbescheide für die Gebäude Hunoldstraße 11 und 13. eine Antwort erhielt sie jedoch nicht, stattdessen wurde die Anfrage zurückgewiesen. "Die Anfrage wird nach Prüfung durch die städtischen Dienststellen gemäß § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Innsbruck, seiner Ausschüsse und des Stadtsenates der Landeshauptstadt Innsbruck (GOGR) zurückgewiesen.

Eine Einsicht hinsichtlich der Akten von Verhandlungsgegenständen, die eine individuelle behördliche Entscheidung oder eine sonstige individuelle personenbezogene Maßnahme erfordern, ist gemäß § 13 Abs. 6 Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck (IStR) für Mitglie-der des Gemeinderates nur dann möglich, wenn sie an der Beratung und Beschlussfassung über den betreffenden Verhandlungsgegenstand mitzuwirken haben.



Baugeschichte

Bauhistorisch blickt das "Geviert" Knoller-, Hörmann und Hunoldstraße, das zwischen dem historisch gewachsenen Stadtteil Pradl und dem Tivoli-Schwimmbad liegt, auf eine 100jährige Geschichte zurück. Bereits 1912/13 wurden an der Knoller- und Hörmannstrasse die ersten Gebäude errichtet. In den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde dort der Baubestand laufend ergänzt. In den 60er Jahren wurden schließlich die Bauteile in der Hörmannstrasse und der Hunoldstraße errichtet. Im Rahmen des Architekturwettbewerbs wird der Bestand beschrieben: "Der östliche Hof entlang der Knollerstraße wirkt wenig einladend, die Ausrichtung und Situierung wird als falsch empfunden, die Wohnungen der Häuser Knollerstraße 6,8,10 und 12 entsprechen durch die reine Ost- oder Westausrichtung, den Durchgangszimmern, keinen Balkonen oder Loggien und dem Substandard nicht mehr der heutigen Vorstellung von Wohnen, der Abriss scheint daher sinnvoll. Ebenso ist aus städtebaulicher Sicht die Anordnung der Häuser Hunoldstraße 11 und 13 wenig Raum und Hof bildend und weichen daher einem übergeordneten Konzept."



Verwunderung

"Jetzt ist es nicht einmal mehr möglich, vom zuständigen Bürgermeister zu erfragen, ob für eine Immobilie in Innsbruck ein Abbruchbescheid vorliegt. Die einfache Frage "Liegt für das Haus Hunoldstraße 11 bzw. 13 ein Abbruchbescheid vor?" hätte der Bürgermeister mit einem einfach "Ja" oder "Nein" beantworten können und eigentlich rein formal auch müssen, stattdessen schiebt er gesetzliche Geheimhaltungsbestimmungen vor, die hier beim besten Willen nicht zur Anwendung gelangen können. "Gemeinsam" hatte der Bürgermeister im Wahlkampf propagiert, davon ist im Gemeinderat aber leider kaum mehr etwas zu spüren. Es ist nämlich hier nicht die erste Anfrage, die der Bürgermeister versucht, mit allen Mitteln nicht zu beantworten. Das werde ich mir aber sicherlich nicht gefallen lassen und weitere Schritte setzen. Mit einem Begehren nach dem Tiroler Auskunftspflichtgesetz könnte der Bürgermeister vielleicht doch zum Antworten gebracht werden. Hier bliebe im Falle auch noch der Weg zum Landesverwaltungsgericht. Der Hintergrund zu meiner Anfrage ist nämlich schnell erklärt: Seit Jahren werden die Mieter des Hauses Hunoldstraße 11 bzw. 13 von der Liegenschaftseigentümerin zum Auszug aus ihren Wohnungen gedrängt. Auch mit einem anscheinend vorliegenden Abbruchbescheid wird argumentiert. Es geht alleine darum, diese Argumentation der Liegenschaftseigentümerin und Projektwerberin zu verifizieren. Der Bürgermeister dürfte hier aber wohl wieder sein eigenes Süppchen kochen. Ob zum Wohle der bisherigen Mieterinnen und Mieter darf ob der nunmehrigen Vorgangsweise und Geheimhaltungspolitik hinterfragt werden."

Geplantes Hotelprojekt in Going sorgt für Kontroverse

Auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche soll ein Großhotel mit knapp 300 Betten entstehen. Über eine Volksbefragung zum Projekt wird in einer künftigen Gemeinderatssitzung diskutiert.



JUDITH STRAIF

er Eingriff in landwirtschaftliche Vorsorgeflächen sorgte zuletzt in St. Johann für Diskussionsstoff. Rund um den denkmalgeschützten Hof "Unterbürg" soll auf 7,5 Hektar Agrarfläche ein interkommunales Gewerbegebiet entstehen und künftig zu den Einnahmen der Gemeinde St. Johann beitragen. Am 23. März kam es diesbezüglich zu einer Volksbefragung, bei der sich 55,83 Prozent der Teilnehmer gegen das Gewerbegebiet aussprachen. Kurz nach der Abhaltung der Volksbefragung hatte Bürgermeister Stefan Seiwald diese beeinsprucht.

Zu einem ähnlich gelagerten Fall soll es nun in Going am Wilden Kaiser kommen. Die Bergbahnen Ellmau-Going planen auf einer rund 22.000 m² großen grünen Wiese ein Hotel

mit 288 Betten, 275 Autoabstellplätzen, Swimmingpool und Restaurant. Auch dieses Areal ist als landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen und steht somit unter Schutz.

Keine Garantie für Aufschwung

Die Bevölkerung von Going am Wilden Kaiser diskutiert dieser Tage über ein Hotelprojekt bei der Astbergbahn. Eine schriftliche Anfrage der Liste Fritz bezüglich des geplanten Großprojektes richtet sich an Landeshauptmann Anton Mattle und weitere Regierungsmitglieder.

Viele Gründe sprächen gegen den Hotelbau, ganz zentral die angedachte Aufhebung der Unterschutzstellung der landwirtschaftlichen Fläche. Möglich ist das nur, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht. Die Bergbahnen Ellmau-Going als Hotelprojektbetreiber führen als Begründung das Überleben der Astbergbahn in Going an. Allerdings ist die Errichtung des Hotels keine Garantie für den wirtschaftlichen Aufschwung der Astbergbahn.

Darüber hinaus sind die vorhandenen Gästebetten in Going nicht vollständig ausgelastet und somit ist keine Notwendigkeit für weitere Betten erkennbar. Gleichzeitig ist ein weiteres Hotel kein Garant für eine höhere Anzahl an Gästen. Ob eine Volksbefragung zum Bergbahnen-Hotel eingeleitet werden soll, wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates entschieden.

Mit Grund und Boden sorgsam umgehen

Gerade im Bezirk Kitzbühel ist der Druck auf Grund

und Boden bereits hoch. An die Bedeutung von landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen erinnert LK-Präsident und Bauernbund-NR Josef Hechenberger: "Landwirtschaftliche Vorsorgeflächen wurden ausgewiesen, um die wertvollen Produktionsflächen zu erhalten und vor Verbauung zu schützen. Das ist aufgrund des großen Drucks auf Grund und Boden in Tirol auch dringend notwendig. Unabhängig von diesem Projekt finde ich es falsch, zu leichtfertig mit der Aufhebung dieses Schutzes umzugehen. Vermeintliches öffentliches Interesse ist das eine, eine gesicherte Ernährung und die Erhaltung zusammenhängender landwirtschaftlicher Flächen das andere. Wir müssen dringend umdenken - Weiterentwicklung' darf sich nicht auf den Neubau auf der grünen Wiese beschränken."

"Wir fühlen uns hier rausgeworfen"

In Tirol zeigt das Gesetz gegen illegale Freizeitwohnsitze Wirkung. Ein betroffener Deutscher, der sich zu Unrecht beschuldigt sieht, warnt Käufer vor Naivität.

Von Birgit Ochs

Is der Brief des Bürgermeisters von Reith bei Kitzbihel im November bei ihnen eintraf, waren Alfre und dem Schreiben stand, dass die Gemeinde dem Ehepaten aus Nürmberg mit sofortiger Wirkung die Nutzung seiner Dreimmersschaung in Tirdl verbietet. Der Grund! Die beiden nutzten die Wohnung isterrechtlich als Freizeitwohnsitz. Als solcher ist die Wohnung iedoch nicht registren. "Mit uns trifft es die Falschen", waren sich der Steuerherster und die Farzien sicher und die Farzien. "Sie inst trifft es die Falschen", waren sich der Steuerherster und die Farzien sich mehr auf der Jegzlen Sein der sie hier sich immer auf der Jegzlen Sein fallen sie mehr die Frau regelmäßig ins Brisental. Ende 2011 haben sie in Reith die 1900 Quadrameter große Wohnung in einem Mehrfamilienhaus gekault. "Ivm sind wir damit gegen die Wand gefahren."
Denn irgendwer hat Schaffers augezeigt, und die Gemeinde daraufhin im Spätsommer 2021 Kontrolleure gesehickt. So ist es üblich Siebenmal tauchte die "Stas" wie Schaffer die Inspektoren ennen, in den konntmenden drei Monaten vor der Wohnanlage auf. Die Kontrolleure Ringelten, begutachteten Driefkasten und Rasenwuchs, sprachen unt Nachbarn. Die Eheleute trafen sie nicht an. Das Ganze wiederholte sich zihnlich im vergangenen Frühling.

Die Eigentimer versetwen den Verdacht zu enskräften, nur sporadisch in Reich zu weiten. Sie führten ihe langishrige Alligliedschaft im Sie Club an, die vielen Freundschaften und Üperzünsen. Diese hatten Horst Schaffer seit 2021 häufig davon sleghalten, die 350 kölmerter aus Nürnberg anzureisen, wo das Ehepaar ein Haus beitzte. Sie führen, das Schimmer aus Nürnberg anzureisen, wo das Ehepaar ein Haus beitzte. Sie führ zu habe unter

davon abgehalten, die 350 Kilometer aus Nürnberg anzureisen, wo das Ehepaar ein Haus besitzt. Seine Frau habe unter anderein deshalle chenfalls nicht so oft in Tirol sein können. Sie wiesen darauf hin, dass Alice Schaffer Inzwischen aber ihren Hauptwobnsitz in Reith angemeldet hatte und ihr Wagen ein Kitzbähler Kennzeichen trägt. All das überzeugte nicht. Das Landesverwaltungsgericht in Innsbruck hat das Nutzungsvericht in Innsbruck hat das Nutzungsverbot inzwischen bestätigt.

Das Ehepaar is kein Einzelfall. In vieelen tourstisch beliebten Gegenden Tirols gehen die Gemeinden mittlerweile stärker gegen illegale Ferfeinimmobilien. indecem deshalls chenfalls nicht so oft in

len touristisch beliebten Gegenden Tirrols gehen die Gemeinden mitterweile
stärker gegen illegale Ferieninmobilien,
in der Regel flischlich als Hauptwohnsitz
deklatierte Apartiments und Villen, vor.
Bauland ist hrapp, die Konkureraz um
Wohnraum zwischen Einheimischen
und Teilzeit-Tirolem hoch, Für die vermögende Gruppe der deutschen und österreichischen Zahnärzte, Manager,
Unternehmer und Juweliere sind die teuren Preise ehenso wenig ein Problem wie
für die internationale Prominenz, die
sich zeit Jahrzehnten rund um das Hahnen Hamm-Rennen ein Stelldichein gibt.
Für viele Einheimische und die jemegen,
die der Arbeit wegen zustehen, schon.
Die wenigsten können sich Chalets zu
Quadramterpreisen von 3000 Euro
und mehr leisten. So finden die, die heinahedas ganze Jahr über vor Ort sind, oh
nur schwer eine Bleibe, während andere,
die ein schönes Anwesen besitzen, dort
aur vorheischauen. In den kleinen
Alpengemeinden gibt es ganze Straßenzüge, die die meiste Zeit verwaist sind.
Neu ist das nicht. Deshalb gibt es
sehon seit 1903 ein Gester, das die Nutzung von Wohnimmobilien zu Preizeitzwecken regelt. So dürfen in einer Gemeinde nur acht Prozent aller Wohnungen Freizeitswohnsitze sein. Als solche
gelten Häuser oder Wohnungen, die

zwecken regelt. So dürken in einer Gemeinde unz acht Prozent aller Wohnungen Fritzeitwohnsitze sein. Als solche
gelten Hüsser oder Wohnungen, die
nicht einem ganzährigen, "dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen verhundenen Wohnbedürfnissen dienen." Sie
werden entsprechend registriert.
Das Problem: Vielerorst ist die AchtProzent-Marke schon lange um ein Vielfachst überschritten. Int Neubau können
die Gemeinden zwar beine weiteren
Freiziniswohnsitze ausweisen, aber alte
Rechtt im Bestand lassen sich nicht einfach streichen. "Im Bezirk Kirzbühel ist
Reith besonders betroffen", sagt Bürgermeister Stefan Jöchl. Eine Statistik von
Stand November zusa. zählt in seiner
Gemeinde gan oder za Prozent de rinsgesamt 1484 Wohneinheiten als Freizeitwohnsitze.

Offiziell gibt es in ganz Tirol davon et Offiziell göbt es in ganz Tirol davon et-wa 16.000 genehmigte, aber geschätzt 10.000 illegale Ferienimmobilen. An denen enträndet sich dort, wo der Woh-nungsmarkt immer angespranter wird, der Unmut vieler Einhelmischer und Lo-kalpohitken. Immer lauter wurde in den vergangenen Jahren die Forderung, dass die Gemeinden das Gesetz endlich auch konsequent anwenden und gegen die illkonsequent anwenden und gegen die il-legalen Freizeitwohnsitze vorgehen sol-len: mit Kontrollen, Geldstrafen von bis

len: mit Kontrollen, Geldstrafen von bis zu 4,0000 Euro (in Gespräch sind Bo.000 Euro), mit dem Benutzungsverbot und in gravierenden Fällen sogar mit einer Zwangsversteigerung.

Die Anzeigen häuften sich, sagt Bürgermeister Jöhl. Aktuell prüfe man in Reith 10 bis 25 unter Verlacht stehende Objekte. Der Druck bleiht nicht ohne Wirkung. Die Fälle, in denen die Bürgermeister litre Bescheide verschicken, haben zugenommen, und das Landesver-waltungsgericht entscheidet selten anders. Im vergangenen Jahr 1raf es zum Beispiel Porsche-Finanzehef Lutz. Meschke. Das Gericht sah er als erwiesen an, dass ihm sen 2013 im Gemeindebe-

Meschke. Das Gericht sah er als erwiesen an, dass ihm sein zota im Gemeindeberärk Kirbhülle erwortenes Chake, anders als behauptet, nicht als Haupte, sondern als Freizeitwohnsitz diene, und bestätigte das Nutzungsverbos.

Häufig argunentieren die Betroffenen, sie hätten das Gesetz durchaus gekannt, sein aber davin ausgegangen, nicht dagegen zu verstoßen. Horst Schaffer etwaght an, sieh an dem "Uschi-Glas-Urteil-orientiert zu haben. Der Schauspielerin war Anfang der Jahrtausendwende der Kaufund die Nutzung einer Wohnung als "Arbeitswohnsitz" erfaubt worden. Da auch er in Reith Arbeitskontakte pflegte, labe er angenomunen, dass das mit dem habe er angennunen, dass das mit dem Arbeitswohnsitz auch für ihn gelte. Das Landesverwaltungsgericht hingegen stellte fest, dass das Raumordungsgesetz dem Barroff uns eine habet hann.

seillis fest, dass das Rammordnungsgestreitenen Begriff gar nicht kennt.
Er sei maßtes entdüsscht, sagit der Steuerberater. Er kenne ja diese Fälle auch in seiner Nachharschaft, in denen Wohnungen und Chalets fast das ganzel Jahr über dunkel bliehen. "Da kann ich den Ärger der Einheimischen sehon verstehen." Er selbst sieht sich als Opfer von "Bespitzelung" und eines letzijlen untauglichen Gesetzes. Solche sozial gut integrieren und finanstatten Figentümer dürfe man nicht vergraulen, damit schneide man sieh in Tird ins eigene Fleisch, meint er. Schließlich seien es Leute wie sie, die Gastronomie und die ludalen Hands verker stärknie.

Fleisch, meint er. Schließlich seien es Leute wie sie, die Gastronomie und die lokalen Hands erker stirkten.

Ganz ähnlich argumentiert seit eini-gen Wochen in Zeitungsartikeln und Fernsehinterviews auch der Steuerbera-ter und Kitzbüheler Bürgermeiser Klaus Winkler. Er fordert eine "drin-gende Änderung" des Gesetres, weil es am Ziel vorbei führe, sagte er in der Fernsehsendung "Fellner! Live". Für keinen einzigen Finheimischen werde dadurch Wohnraum geschaffen. Man müsse sich die Konsequenzen für den Standort klarmachen, wenn sich die be-troffene Klientel von Trod abwende. Wohlstand sei schließlich Teil des Sys-tems, und aus der Wirtschaft komme massiver Umnut, behauptet Winkler. "Wir fahren mit 200 km/h gegen die Wand."

BERZÄHLEN SIE UNS VON IHRER ERFAHRUNG

Fine zweite Heimat in den Alpen, ein Ferienhäusehen am Deich oder ein kleines Apartment in der medi-terranen Altstadt: Immer mehr Menschen möchten sich so einen Traum erfüllen. Dabei kann sich der Ort, der zur persönlichen Ru-henzse werden sollte, oft genug als das Gegenteil offenbaren.

Ist Ihr Projekt "Feriensitz" zum Reinfall geworden? Haben Sie Konflikte mit Behörden erleht? Sind Sie auf unsernöse Makler he-reingefallen? Mussten Sie sich mit feindseligen Nachbarn plagen, oder hat sich das vermeintliche Traum-domitil als Dauerhaustelle entdomizil als Dauerhaustelle entpuppi? Schreiben Sie uns von Ihren Erfahrungen und Erlebnissen an wehren@faz.6e



Die Tiroler Idylle trügt: In und um Kitzbühel greifen Gemeinden jetzt gegen Besitzer illegaler Freizeitwohnstze durch

Sein Vorschlag: Der Berriff des Freizeitwohnsitzes müsse neu definiert wer den, damit er nicht mehr wie bisher nu den, damit er nicht nicht wie hisher nur auf den Lebensmittelpunkt abzielt. Vielmehr misse man denne grereitt werden, die an inehreren Orten zu Hause sind, aber nicht als nur ein paarmal im Jahr vorbeischauen. Er plädiert außenlem dafür, die Abgaben für Freizeitwohnstizz deutlich anzuheben und die Finnahmen für den Bau leistharer Wohnungen einzusetzen. Davon profitierten alle.

L'nter den 20 Gemeindevertretern des Bezirks Kitzbahel hat Winkler bereits für seine Idee geworben. Viele seiner Autse

oer seri am keent genaten ma, der trottei ist, und die anderen kaufen sich frei', sagt Sint zu Winklers Vorstoß. Die ungeliebten Kourtollen blieben dadurch außerdem weiterhin nötig. Das Problem der falschen Hauptwohnsitze verschwinde nicht einfach dadurch, dass es eine hähere Freizeitwohnsitzsteuer gebe. Sint betom, dass ihm grundsätzlich jeder, der in 'Tirol lebt und Steuern zahlt, willkommen is. We auch jeder Tourist. Für die Klagen der Bürgermeister hat er nur begrenzt Verständnis. Einerseits hält er es für schlecht gelöst, dass das Land die Kontrollen auf die Gemeinden abgewälzt habe. Stattdessen plädiert er, bisher erfolglos, für eine "Taskforree" auf Landesehene, die den Anzeigen nachgeht, Andererseits seine "Tlaskforce" auf Landesehene, die den Anzeigen nachgeht. Andeterseits seien die Amtsträger auf das Landesgesetz vereidigt, und das hätten sie einzuhalten. "Wenn jenand verschleiert, dass er hier gar nicht dauerhaft wohnt, ist das Rechtsbruch und kein Kavaliersdelikt, dem muss man nachgehen und sich nicht wegducken." Er räumt ein, dass durch das Nutzungsverbot nicht sofort leistbarer Wohnraum entstehe. "Aber das wirkt auf die Preisbildung."
Die Warmung vur einem drohenden Image- und Wirrschaffsschalen nennt er

Die Warnung vor einem drohenden Irage- und Wirtschaftsschaden nennt er lächerlicht, "Wir haben in Trud fast 50 Millionen Übernachtungen im Jahr, die werden nicht davon beeinflusst, dass wir ein paar deutsche Zahnärze und Anwälte mit der konsequenten Anwendung unse-

res Freizeitwohnsitzgesetzes vor den Kopf stoßen." Er könne andere nur vor Blaudugtgkeit warnen, sagt Horst Schaffer mit der Fr-fahrung eines Betroffenen. Allein im Be-kannenhreis seien ihm aktuell der Fälle bekannt, in denen die potentiellen Kaufer von Millionenobjekten nicht richtig auf

geklart worden seien. "Erst wird an dir gut verdient, und dann hist du der Iluhmann." Er und seine Frau werden Reith ver-lassen. "Schweren Herren, aber wir füh-len uns hier rausgeworfen", sagt Schaffer. Anstatt noch mal vor Gericht zu ziehen, will er verkaufen. Rund 15,5 Millionen will er verkaufen. Rund 15,5 Millionen will er für die Wohnung haben, die ur-

sprünglich mal als geförderter Bau ent-stand.

stand.

Sie hätten vorgehalt, künftig mehr Zeit in Reith zu verbringen, und die Wohnung entsprechend altersgenecht saniert. Dieser Lehensplan hat sich mit dem Urteil erledigt "Wir holen unsere E-Bikes ab, und das war es dann."



Bavgrundstück am STA See Brundstäck in Muhang/Armining in Semila arveilaufer, 1315 of Pres auf Anfrage 10; 10100642 teamabilige, market from m Peter Höck B- & V. Geshit 00171/419940

Priv. Parkaninga PSZTS Estillingen Grandstuck: Außerst geptleger Antagen (SS hall mis altern Bauminstand Obsauer (SS hall mis altern Bauminstand) Chen some eigenem Bachtaid. 2 Zudatu Chen some eigenem Bachtaid. 2 Zudatu nat. 15 Ann. zum nachgen ICI dähnhof. 101: 10000000 ilmmeibllen marti. fraz net



Exklusive Landhausvilla mit eigenem Seezugang und Bootshaus am Zürichsee

Kontaht: OBERSEE Immobilien GmbH, into@oberie-www.oberseelmmo.ch, 0041 55 451 54 41







Kunst für Kluge Köpfe



Markenrecht einfach erklärt

Anschaulich und verständlich stellt Rolf Claessen sein umfassendes Praxiswissen zum Thema "Marken" zur Verfügung. Er beantworter die wichtigsten Fragen und liefert bewährte Strategien zur Findung, Anmeldung und Durchsetzung einer Marke



MARKEN. RECHT. EINFACH. Rolf Claessen 286 Seiten - 28 Euro ISBN 978-3-98261-218-7 www.fazbuch.da 0711-7899 2044

Keine Auskunft über Abrissbescheid im Gemeinderat

🕏 zuletzt aktualisiert am 29. April 2025, 10:02 Uhr 🗸 veröffentlicht am 29. April 2025, 10:00 Uhr



Viele Ankündigungen, viele Schlagzeilen, wenige Ergebnisse

🕏 zuletzt aktualisiert am 27. April 2025, 08:24 Uhr 🗸 veröffentlicht am 27. April 2025, 08:22 Uhr



LA Andrea Haselwanter-Schneider zieht die Zwischenbilanz zur Regierungsarbeit in Tirol.

Foto: Liste Fritz

hochgelade

2027 schreiten die Tirolerinnen und Tiroler wieder zur Wahlurne und werden einen neuen Landtag wählen. Seit Oktober 2022 arbeitet die Koalition aus ÖVP und SPÖ unter Führung von Landeshauptmann Anton Mattle, die FPÖ, Grüne, NEOS und Liste Fritz sind in Opposition. LA Andrea Haselwanter-Schneider mit ihrer Zwischenbilanz.

INNSBRUCK. Halbzeit in der Landesregierung. Nach dem großen MeinBezirk-Tirol-Politbarometer haben wir bei den Parteispitzen der im Landtag vertretenen Parteien eine Zwischenbilanz eingefordert. Landtagsabgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider zieht die Bilanz für die Liste Fritz. Neben Andrea Haselwanter-Schneider sind Markus Sint und Gabi Madersbacher für die Liste Fritz im Tiroler Landtag vertreten.



Toplinks

obwohl die Menschen in Tirol täglich leiden. Im Gesundheitswesen fehlen Ärztinnen und Ärzte, lange Wartezeiten und verschobene Operationstermine sind keine Ausnahmen, sondern in ganz Tirol Alltag. In der Pflege herrscht massiver Personalmangel. Aufnahmestopps in Altenheimen

sind keine Seltenheit. Eine Gehaltsreform ist den Pflegenden versprochen worden. Herausgekommen ist ein Auseinanderdividieren der Berufsgruppe. Einige werden jetzt bessergestellt, die anderen nicht. Das ist zu reparieren! Leistbares Wohnen bleibt für viele weiterhin unerschwinglich. In der Transitfrage herrscht Stillstand. Es jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Und Tirol hat lange Zeit auf die falschen Freunde gesetzt.

Es gibt viele unerledigte Hausaufgaben. Viele Probleme werden ignoriert,

Welche Herausforderungen stehen in nächster Zeit an?

Deutschland blockiert derzeit den Bau einer Zulaufstrecke zum Brenner-Basistunnel, Italien klagt gegen Tirol und Österreich, und vom groß inszenierten Slot-System für LKW fehlt nach wie vor jede Spur.Das Fernpasspaket wurde gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung beschlossen

ein klassisches Beispiel für die "Drüberfahrerpolitik" der ÖVP.
 Wie ist die Zusammenarbeit mit der Regierung im Landtag?

Ein gewisser Wille zur Gesprächsbereitschaft ist mittlerweile spürbar, das Gesprächsklima hat sich verbessert. Leider schlägt sich das nicht in einer konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle der Tiroler Bevölkerung nieder. Sinnvolle Anträge der Opposition werden weiterhin auf unbestimmte

Zeit vertagt. Es herrscht bei ÖVP und SPÖ nach wie vor das Motto: "Haben wir schon, brauchen wir nicht".

Welche Schulnote würden Sie der Landesregierung für die bisherige

Welche Schulnote würden Sie der Landesregierung für die bisherige Arbeit geben?

Die Ergebnisse sind bislang dürftig, viele Hausaufgaben sind unerledigt. Wir hoffen auf eine Trendwende – aktuell reicht es nur für einen 4er.



ignoriert, obwohl die Menschen in Tirol täglich leiden."

Foto: Liste Fritz hochgeladen von Georg Herrmann

MEINBEZIRK TIROL: Halbzeit in der Tiroler Landesregierung – wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus? ANDREA HASELWANTER-SCHNEIDER: Viele Ankündigungen, viele Schlag-

zeilen – aber nur wenige greifbare Ergebnisse. Die schwarz-rote Landesregierung hat in ihrem Programm "Stabilität in der Krise – Erneuerung für Tirol" viel angekündigt und versprochen. Eingetreten ist leider das Gegenteil. Die SPÖ als kleinerer Regierungspartner war überwiegend mit sich selber beschäftigt und hat den Landeshauptmannstellvertreter verloren. Von Stabilität also keine Spur. Von einer neuen Sicht-, Denk- und Handlungsweise ist bislang nichts zu sehen. Auch der neue Stil, den Landeshauptmann Mattle zu Beginn seiner Amtszeit versprochen hat, bleibt aus. Vorschläge und Initiativen der Opposition werden weiterhin systematisch blockiert, dies ist zum Nachteil der Tirolerinnen und Tiroler.



Schneider Foto: Liste Fritz hochgeladen von Georg Herrmann

Wo sehen Sie erfolgreiche Maßnahmen und Schritte der Landesregierung? Die Landesregierung ist bei einigen Themen ambitioniert gestartet, aber

bei der Zwischenzeit war dann Schluss mit der Umsetzung. Das zeigt sich etwa beim versprochenen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Auf halbem Weg ist der Regierung der Mut abhandengekommen und geblieben ist lediglich ein Recht auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes. Auch bei der Leerstandsabgabe hat die Regierung zuerst gute Ansätze gezeigt, hat dann aber die Entscheidung, ob eine Leerstandsabgabe eingehoben wird oder nicht, den Gemeinden überlassen.

Damit bleibt auch hier der große Wurf aus.

FPÖ lehnt

Im Mai wird die schwarz-rote Koalition die Verleihung der höchsten Auszeichnung für Altlandeshauptmann Günther Platter beschließen. Im Hintergrund gibt es Debatten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Mit den Auszeichnungen im Land Tirol ist das so eine Sache. Vor allem, wenn es Ex-



Wir müssen sein politisches Wirken in der Spätphase seines Amtes als Landeshauptmann mehr als kritisch betrachten."

Markus Abwerzger/FPÖ (Parteiobmann)

Politiker betrifft. Der Landeshauptmann und der Landtagspräsident bzw. die Landtagspräsidentin erhalten mit Amtsantritt die zweithöchste Auszeichnung, nämlich das Ehrenzeichen (Silbervergoldeter Tiroler Adler) des Landes, automatisch auf Lebenszeit

Zugleich ist es Tradition. dass den ehemaligen Landeshauptleuten die höchste Ehre zuteilwird: Mit einem eigenen Landesgesetz wird ihnen der Ring des Landes verliehen. Die Zahl der lebenden Träger wurde bereits 1964 auf 15 begrenzt, Zweieinhalb Jahre nach seinem Rückzug wurde jetzt Altlandeshauptmann Günther Platter (VP) vorgeschlagen, der von 2008 bis Oktober 2022 an der Spitze des Landes stand. Im Mai-Landtag wird das Gesetz beschlossen, die Verleihung erfolgt dann in einer eigenen Festsitzung.

Weil es sich um eine personelle Angelegenheit handelt, erfolgen die Gespräche hinter verschlossenen Türen. So auch am Freitag. Die schwarz-rote Landesregierung hofft natürlich darauf, dass auch aus den Reihen der

Ehrenring für Platter ab



Nach den Altlandeshauptleuten Alois Partl, Wendelin Weingartner und Herwig van Staa soll jetzt auch Günther Platter (v. l.) die höchste Auszeichnung des Landes per Gesetzesbeschluss verliehen werden.

Opposition Zustimmung zur Verleihung der ranghöchsten Auszeichnung "für besondere Verdienste außergewöhnlichen Ausmaßes" kommt. Doch es gibt Vorbehalte und auch offene Ablehnung.

Für manche kommt die Ehrung zu früh, zumal Platter als Aufsichtsratspräsident der Tiroler Wohnbau, der Felbertauernstraßen AG oder der Venetbahn noch zu nahe an der Politik sei. ÖVP-Klubchef Jakob Wolf hofft aufgrund von Signalen trotzdem, dass auch Teile der Opposition zustimmen werden. "Dass es einstimmig wird, war ohnehin nicht zu erwarten." Es würden noch Gespräche geführt werden, heißt es von Liste Fritz, Grünen und NEOS.

Kritik an Corona-Politik

Klare Ablehnung signalisieren jedenfalls die Freiheitlichen. "Wir haben es uns intern nicht leichtgemacht. Grundsätzlich ist der Automatismus von Ehrungen für ehemalige hochrangige Politiker für uns Freiheitliche nicht mehr zeitgemäß*, erklärt Parteiobmann und Klubchef Markus Abwerzger. Bei Platter müsse vor allem sein politisches Wirken in der Spätphase seines Amtes als Landeshauptmann mehr als kritisch betrachten werden.

Einmal mehr geht es den Freiheitlichen um die Corona-Politik. Für Abwerzger waren Platters politische Maßnahmen in der Corona-Pandemin überschießend, was auch

der Verfassungsgerichtshof bestätigt hätte. "Er war es, der die österreichweite Impfpflicht medial verkündet hat, und so ist er vielen im Gedächtnis geblieben. Auch wenn dies offenhar nicht seiner eigenen Meinung entsprochen hat," Gleichzeitig würdigt der freiheitliche Parteiobmann das politische Wirken des Altlandeshauptmanns. Er stehe nicht an, die Leistungen von Günther Platter vor Corona anzuerkennen und auch zu honorieren.